



GREEN NEW DEAL

**DIE ZUKUNFT
BEGINNT JETZT!**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wirtschaft brummt wieder, aber die großen ökologischen und sozialen Fragen bleiben ungelöst: der Klimawandel, die Verknappung natürlicher Ressourcen, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Die Idee eines «Green New Deal» gibt eine Antwort auf diese Herausforderungen. Und diese kleine Schrift soll erklären, worum es dabei geht: um die ökologische Erneuerung der Wirtschaft und den Umbau des Energiesystems, um soziale Teilhabe und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wir wollen aufzeigen, wie es besser geht und Mut machen, sich an dieser großen Veränderung zu beteiligen.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns auf die Reise in die Zukunft zu gehen. Weitere Informationen und Anregungen finden Sie unter www.boell.de/greennewdeal

Ralf Fücks

Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Green New Deal vor Ort...

stellt unternehmerische, kommunale, zivilgesellschaftliche, soziale und wissenschaftliche Initiativen vor, die neue Lösungswege betreten. Wir zeigen, dass überall in der Republik die Zeichen auf Aufbruch stehen.

Green Deal konkret ...

Debatten, Denkstücke, Interviews und Filmmitschnitte zum Thema auf www.boell.de/greennewdeal.

Eine Publikation des Stiftungsverbunds der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030 285 34-0 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

Diese Beilage wurde klimaneutral auf zertifiziertem Recyclingpapier gedruckt.



Die Zukunft beginnt jetzt

So wie bisher geht's nicht weiter: Unser bisheriges Wirtschaften bedroht nicht nur Klima und Umwelt, sondern auch Wohlstand und Zivilisation. Probleme wie klimaschädliche Kohlendioxid-Emissionen, die Verknappung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung gefährden unsere Zukunft. Immer mehr vom Gleichen, das führt nur noch tiefer in die Sackgasse. Wollen wir nicht noch heftigere Krisen und Konflikte in Kauf nehmen, müssen wir in den kommenden Jahren umsteuern.

Der Handlungsdruck ist umso größer als Milliarden von Menschen in Asien, Lateinamerika und Afrika das westliche Wohlstandsniveau anstreben. Wenn wir Wohlstand für alle – in Deutschland wie global – ermöglichen wollen, müssen wir die Industriegesellschaft umbauen und unseren Lebensstil ändern. Wir brauchen eine nachhaltige Form des Wirtschaftens: einen neuen Gesellschaftsvertrag, einen Green New Deal für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Green New Deal, das heißt:

Ablösung fossiler Brennstoffe wie Öl und Kohle durch erneuerbare Energien, den effizienten Umgang mit knappen Ressourcen und den breiten Einsatz umweltfreundlicher Technologien.

Umbau der öffentlichen Infrastruktur, massive Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Stromnetze.

Bildungsoffensive mit mehr Geld und Qualität für Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Bildung ist der Schlüssel für sozialen Aufstieg, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Soziale Abfederung der Übergänge vom Alten zum Neuen. Der ökologische Umbau wird Millionen neuer Jobs schaffen. Schon heute arbeiten in Deutschland allein im Bereich der erneuerbaren Energien rund 340.000 Menschen. Eine soziale Grundsicherung für alle sichert ein Leben ohne Armut.

Für diesen Umbau werden alle gebraucht: Unternehmer mit ihrem Know-how und ihrer Finanzkraft; Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die neue Technologien entwickeln; Politikerinnen und Politiker, die den Wandel gestalten. Jede und jeder einzelne ist gefragt: Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, die Anti-Atom-Bewegung und Bürgerinitiativen.

Es geht um nicht weniger als eine industrielle und gesellschaftliche Revolution. Der Green New Deal zeigt: Es gibt bessere Alternativen.

Green New Deal bedeutet: Wir resignieren nicht vor großen Herausforderungen, sondern brechen in neue Zeiten auf!

Die Zukunft ist erneuerbar

Atomkraft und Kohle sind Energietechnologien von gestern. Beide basieren auf ineffizienten Großkraftwerken und endlichen Brennstoffvorräten. Im Konzert mit den Energiekonzernen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert. Neue Kohlekraftwerke sollen gebaut werden, die auf Jahrzehnte das Klima belasten. Es profitieren vor allem Eon, RWE, Vattenfall und EnBW.

«Die Windindustrie steht in der Wirtschaftskrise wesentlich besser da als der Durchschnitt des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus.»

Thorsten Herdan, Branchenverband VDMA Power Systems

Die Zukunft sieht anders aus: Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarstrom und Geothermie können den Energiebedarf spätestens bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig decken. Für die Übergangszeit werden nicht Atom- oder Kohlemeiler gebraucht, sondern flexible Gaskraftwerke und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung.

Noch vor wenigen Jahren wurde diese Vision als Phantasterei abgetan. Doch dank des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) der rot-grünen Koalition steigt der Anteil



PIONIER AUS DER PROVINZ

Das Dörfchen Dauerthal im Nordosten Brandenburgs ist so klein, dass es nicht einmal einen Eintrag im Online-Lexikon Wikipedia hat. Doch in dem uckermärkischen Flecken sitzt die Enertrag AG, eines der führenden deutschen Erneuerbare-Energien-Unternehmen. Gegründet vor knapp zwanzig Jahren, betreibt die Firma heute hunderte Windräder in ganz Europa. 430 zukunftssichere Jobs sind so entstanden. Derzeit baut Enertrag das weltweit erste Hybridkraftwerk, mit dem überschüssige Windenergie in Wasserstoff umgewandelt wird. Fahrer eines Brennstoffzellen-Autos könnten dann irgendwann sagen: «Ich fahre mal kurz 50 Liter Wind tanken.».

erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung rapide. Er liegt heute bereits bei 16,4 Prozent. Kein Wirtschaftszweig wächst so schnell wie die Branche der erneuerbaren Energien. Kein Wunder, dass das deutsche EEG weltweit dutzendfach kopiert worden ist.

Gewinn für alle

Von der Energiewende profitieren nicht die vier Stromriesen, sondern eine große Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen und die große Mehrheit der Bevölkerung. Windkraftwerke, Biogasanlagen und Solarstrom bedeuten eine Demokratisierung der Energieversorgung. Die Gewinne fließen in die Taschen vieler. Jobs entstehen nicht an wenigen Standorten, sondern überall im Land. Projekte wie die Desertec-Initiative zur Gewinnung von Wüstenstrom in Nordafrika oder große Offshore-Windanlagen in der Nordsee können diese dezentrale Struktur ergänzen und eine stabile Energieversorgung sichern.

In den nächsten 30 bis 40 Jahren kann Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden. Dafür müssen aber heute die richtigen Weichen gestellt werden. So muss in neue Stromnetze investiert werden, um Windenergie aus den Küstenregionen bis in den Süden zu leiten. Notwendig sind Energiespeicher, die Solarenergie auch nachts und Windstrom auch in Flautezeiten nutzbar machen. Intelligente Verbrauchssteuerung kann dafür sorgen, dass Elektrogeräte dann anspringen, wenn reichlich Windenergie im Netz zur Verfügung steht. Mehr Investitionen in die Forschung werden leistungsfähigere Batterien für Elektroautos und andere energieeffiziente Produkte hervorbringen.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Energiewende schon heute ein Jobmotor. Die Branche der Erneuerbaren ist besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen Industriezweige.

Eine Stadt für alle

Seit dem Zweiten Weltkrieg folgte die Stadtplanung in den Industrieländern einem fatalen Modell: Arbeit, Einkaufen, Erholung und Wohnen wurden räumlich getrennt, für den Verkehr breite Schneisen gelegt. Das Ergebnis waren sterile Einkaufszentren auf der grünen Wiese oder monotone Hochhaussiedlungen an den Stadträndern. Die Innenstädte veröden nach Feierabend, nervtötende Staus wurden zur Normalität. Städte sind heute für drei Viertel des weltweiten Energieverbrauchs und vier Fünftel des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich.

Die Alternative sind lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, vielfältigen öffentlichen Räumen und energieeffizienten Häusern. Eine breite Bewegung zur Rückeroberung der Städte durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner hat bereits begonnen: Familien ziehen aus den Vorstädten zurück ins Zentrum, Straßen werden beruhigt, der öffentliche Nahverkehr und Fahrradwege ausgebaut.

Ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf Gebäude – und hier vor allem auf den Altbestand. Den größten Effekt für Energieeffizienz und Klimaschutz



BLAUER HIMMEL, GRÜNE STADT

Bottrop im Ruhrgebiet soll in den kommenden zehn Jahren zur «Klimastadt der Zukunft» werden: Sonne, Biomasse und Erdwärme liefern Energie, Häuser werden gedämmt und auf moderne Heizungen umgerüstet, Fuß- und Radverkehr gefördert – insgesamt ist eine Energieeinsparung um fünfzig Prozent bis 2020 geplant. Mehr Grünflächen erhöhen zudem die Lebensqualität und lindern die bereits unvermeidbaren Folgen des Klimawandels, etwa das Aufheizen der Innenstädte in heißen Sommern. Ende 2010 gewann Bottrop den Wettbewerb InnovationCity Ruhr. (Motto: «Blauer Himmel, grüne Stadt»)

hat deshalb die energetische Sanierung – durch Wärmedämmung, neue Fenster und moderne Heizungen kann der CO₂-Ausstoß von Altbauten um mehr als neunzig Prozent sinken. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung kürzt bestehende Förderprogramme drastisch. Dabei löst jeder öffentliche Euro in diesem Bereich private Folgeinvestitionen in Höhe des Fünf- bis Neunfachen aus. Das sorgt für Arbeitsplätze, vor allem im Handwerk.

Bunte Quartiere statt sozialer Abgrenzung

Bei der Sanierung von Altbauten ist ein fairer Ausgleich zwischen Bewohnern und Besitzern der Häuser vonnöten, der die Belastungen für Mieter begrenzt. Die soziale Mischung der Viertel muss zum Leitbild der Politik werden. Deshalb darf der Mieterschutz nicht beschnitten, müssen Baugemeinschaften gefördert und die Vielfalt in den Quartieren gesichert werden.

Eine Stadtplanung von oben nach unten und eine Verwaltung, die wusste, was angeblich gut für die Bürgerinnen und Bürger ist: diese Zeiten sind vorbei. «Recht auf Stadt» heißt nicht nur, in Städten zu bezahlbaren Preisen wohnen, leben und arbeiten zu können,

sondern auch an Entscheidungen teilzuhaben. Immer mehr Bürger und Bürgerinnen haben sich in den letzten Jahren in die Kommunalpolitik eingemischt, Initiativen gegründet, Bürgerentscheide angestoßen. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 zeigt, dass Menschen heute nicht mehr hinnehmen, wenn über ihre Köpfe hinweg bestimmt wird. Green New Deal heißt deshalb auch: mehr Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement.

«Für jede Milliarde Euro, die in Wärmedämmung investiert wird, entstehen etwa 30.000 Arbeitsplätze. Da müssten Sie doch als Wirtschaft bekloppt sein, wenn Sie dagegen sind!»

Eric Schweitzer, Industrie- und Handelskammer Berlin

Grün fährt vor

Der Billigflieger zum Shoppen nach London, die Kartoffel, die zum Waschen und Schälen über die Alpen nach Italien und wieder zurück transportiert wird: Das funktioniert nur, solange Preise nicht die echten Kosten wiedergeben.

Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik setzt auf die Vermeidung unnötiger Transporte und eine Verlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel. Die Fahrt mit dem eigenen Pkw soll, wo immer möglich, überflüssig werden – und oft ist es möglich: Reisen von Stadt zu Stadt per Bahn, für die letzten Kilometer dann ein Carsharing-Auto, Busse oder Straßenbahn und für kurze Wege ein Fahrrad oder der Gang zu Fuß. Dafür braucht es Angebote, die den Wechsel zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln attraktiver machen. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir statt einer Bahncard eine Mobilitätskarte besäßen, mit der sowohl Carsharing, Busse und Bahnen als auch Taxis genutzt werden könnten?

Anders mobil

Doch mit Appellen ist die Verkehrswende nicht zu schaffen – die Alternativen zum Privatauto müssen attraktiv sein. Bahn und ÖPNV brauchen preiswerte Tarife, vernetzte Angebote und intelligente Fahrpläne. Statt in teure Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 muss die Bahn in kundenfreundliches Verhalten, einen wetterfesten Fahrplan und einen Ausbau der Verbindungen abseits der Metropolen investieren.

In den Städten soll der öffentliche Raum zugunsten von Radfahrerinnen und Fußgängern umgebaut werden. Dazu gehört der Verzicht auf neue innerstädtische Autobahnen wie die A 100 in Berlin. Überregionaler Güterverkehr muss von Lkws auf Schiene und Schiff verlagert werden.

Vor allem im ländlichen Raum wird es auch künftig kaum ohne eigenen Pkw gehen. Deshalb sind auch umweltschonende Antriebstechniken nötig. Doch während die regenerativen Energien in den letzten Jahren dank öffentlicher Förderung den Durchbruch geschafft haben, hinkt der Bau umweltfreundlicher Fahrzeuge hinterher. Audi, Mercedes & Co. haben die Zukunft lange verschlafen. Statt auf leichte, effiziente Fahrzeuge setzten sie jahrzehntelang auf PS-Monster. Hybridfahrzeuge und Elektroautos wurden anderswo



HUNDERT EURO FÜRS E-FAHRRAD

«Tübingen macht blau», lautet das Motto der Klimaschutzkampagne, die der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer 2008 gestartet hat. Sie zeigt, dass kleine Schritte zur Verkehrswende auch auf kommunaler Ebene möglich sind: Tübinger Fahrschulen bieten Spritsparkurse an. Palmer selbst stieg zuerst auf einen Hybrid-Dienstwagen um, 2009 schaffte er ihn ab. 13 Autohäuser der Unistadt führten kurzerhand ein eigenes Kennzeichnungssystem für klimaschonende Fahrzeuge ein. Um das Radfahren attraktiver zu machen, fördert Tübingen die Anschaffung von Pedelecs: Wer ein Fahrrad mit Elektro-Unterstützung kauft und mit Ökostrom tankt, erhält von den Stadtwerken hundert Euro Zuschuss.

entwickelt. Künftig müssen sich Autohersteller in Unternehmen verwandeln, die nicht nur ein Produkt, sondern Mobilität als Dienstleistung verkaufen. Dazu gehören auch neue Geschäftsmodelle wie Carsharing-Ringe oder Leihautos, die man nur benutzt und bezahlt, wenn man sie braucht.

«Es muss peinlich werden, große Autos zu fahren und Energie zu verschwenden, als gäbe es kein Morgen.»

Claus Leggewie, Kulturwissenschaftliches Institut Essen

Am stärksten ist in den vergangenen Jahren der Güterverkehr gewachsen. Dagegen hilft der Konsum regionaler Produkte: Spargel aus Brandenburg oder Baden statt aus Peru, heimische Äpfel statt aus Neuseeland. Die Produkte aus der Ferne verlieren ihren preislichen Vorteil, wenn die ökologischen Folgekosten des Verkehrs endlich in Kraftstoffpreise einfließen. Das immense Wachstum des Luftverkehrs etwa wurde nur durch die Subventionierung von Flügen möglich: Bahnen, Busse, auch das Auto zahlen Energiesteuern – Kerosin aber ist steuerbefreit.

Grün wächst!

Was haben Produktion und Verkauf von Zigaretten und die anschließende Behandlung krebserkrankter Raucher mit Lebensqualität zu tun? Nichts.

Und doch wertet der traditionelle Wachstumsbegriff, der sich allein am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientiert, alle drei Aktivitäten als Steigerung des nationalen Wohlstands. Wirtschaftswachstum gilt als Selbstzweck, egal um welchen Preis. Umweltschützer haben das seit Jahrzehnten kritisiert – und in den letzten Jahren Unterstützung von prominenten Ökonomen bekommen: «Diejenigen, die unsere Gesellschaften mithilfe des BIP lenken wollen, sind wie Piloten ohne einen verlässlichen Kompass», schreiben etwa die Nobelpreisträger Amartya Sen und Joseph Stiglitz. Auf Initiative der Grünen hat der Bundestag 2010 eine Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» eingesetzt, die den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft untersuchen und Alternativen für einen umfassenden Wohlstandsindikator entwickeln soll.

«Nicht das Wachstum an sich ist problematisch, es ist nur die Frage WAS wächst. Ungezügelter Wirtschaftswachstum, welches endliche fossile Ressourcen verbraucht, ist falsch. Wachsender Umweltschutz, wachsende Gesundheit, wachsender Zugang zu sauberem Trinkwasser und sauberer Energie hingegen ist wichtig und richtig.»

Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Ein anderes Verständnis von Wohlstand muss ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Der Green New Deal verbindet umweltfreundliches Wachstum mit besserer Gesundheit, mehr Bildung und qualifizierten Arbeitsplätzen. Arbeitskräfte aus den alten Industrien können für grüne Technologien umgeschult werden. Entscheidend aber ist die Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Naturverbrauch: die Wirtschaft darf nicht länger wachsen, indem sie die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.

Mit gutem Gewissen genießen

Die technologische Entwicklung wird helfen, einen Grundkonflikt zu entschärfen, der die grüne Bewegung von Anfang an beschäftigt hat. Ökologen sind keine Verzichtsapostel, die ein freudloses Leben predigen. Es geht um anders produzieren und besser leben. Der polemische Spruch «Atomkraftgegner überwintern bei Dunkelheit mit kaltem Hintern» war schon immer falsch. Der rasante Fortschritt bei den regenerativen Energien macht es nun offensichtlich.

Natürlich löst technischer Fortschritt nicht alle Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie. Mobilität wird auch mit der Bahn Eingriffe in die Landschaft erfordern. Doch mit ihren Konsumententscheidungen können Verbraucherinnen und Verbraucher die Wende zu mehr Ökologie beeinflussen: Der Kauf von regionalen Öko-Lebensmitteln zu fairen Preisen ist ein Schritt weg von der industriellen Landwirtschaft, die regelmäßig zu Skandalen führt. Die Entscheidung für fair gehandelte Kleidung schafft ein Stück weltweite Gerechtigkeit.



UMWELTBEWUSST, GESUND, GENUSSVOLL

«Buono, pulito e giusto», so definiert Slow Food-Urgestein Carlo Petrini die Grundbegriffe seiner Gastronomie: Gut, sauber und fair. Als 1986 nach einem Methanol-Skandal niemand mehr italienischen Wein kaufen wollte, machte sich Petrini auf die Suche nach zuverlässigen Weingütern. Und gründete Arcigola, den Vorläufer von Slow Food. Das Ziel: eine Bewegung für besseres Essen und Trinken. Das Logo: eine Weinbergschnecke – Symbol für die Langsamkeit. «Qualität braucht Zeit», sagt Slow Food. Mittlerweile hat der Verein mehr als 85.000 Mitglieder in über 130 Ländern. Slow Food will regional unterschiedliche Küchen erhalten. Folgerichtig hat der Verein eine «Arche» zur Bewahrung lokaler Obst- und Gemüsesorten gegründet – und lehnt den Einsatz von Gentechnik strikt ab.

Nur wenn es für ökologisch und sozial hergestellte Produkte auch Abnehmer und Abnehmerinnen gibt, ist für Unternehmen der Umstieg auf eine umweltschonende, faire Produktion reizvoll.

«Geiz ist geil» ist Volksverdummung. Gute Qualität, vernünftige Arbeitsbedingungen und ökologische Rücksichtnahme haben ihren Preis. Aber nachhaltiges Konsumieren ist auch bei geringem Einkommen möglich. Dazu ist mehr Aufklärung, Information und Beratung notwendig. Zum Beispiel ist ein selbstgekochtes Mittag aus frischen Lebensmitteln günstiger als eines aus Büchse oder Tiefkühler. Und ein effizienter Umgang mit Energie spart auch bares Geld. ■

Veröffentlicht vom Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung

www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, Stuttgart

www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung, München

www.petra-kelly-stiftung.de

Bildungswerk Berlin

www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam

www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung, Bremen

www.boell-bremen.de

Umdenken, Hamburg

www.undenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, Frankfurt/Main

www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Rostock

www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen, Hannover

www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, Mainz

www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saarland, Saarbrücken

www.boell-saar.de

Bildungswerk Weiterdenken, Dresden

www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Halle

www.boell-sachsen-anhalt.de

anders lernen, Kiel

www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, Erfurt

www.boell-thueringen.de

Urban Futures 2050

Internationale Konferenz, 26./27. Mai 2011 in Berlin

Green New Deal – Die Zukunft beginnt jetzt!

Konferenz, 2./3. Nov 2011 in Hamburg

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion

Ralf Fücks, Annette Goerlich,

Annette Maennel (V.i.S.d.P), Michael Walther

Text

Gutwetterverlag, Berlin

Bilder

Shotshop (Titel, 6), Enertrag AG (4),

Universitätsstadt Tübingen, A. Faden (8), Slow Food (10)

Auflage

200.000

Druck

Druckhaus Mitte, Berlin



Grün wächst! Investieren in die Zukunft

Als grüner politischer Stiftungsverbund denken wir Ökologie und Ökonomie zusammen. Wir handeln in gesellschaftlicher und globaler Verantwortung.

An vielen Orten gibt es schon Initiativen und praktische Ansätze für ökologisch-soziales Wirtschaften. Wir wollen diesen Prozess unterstützen.

Wir bieten ein Forum für Menschen, die nicht nur von ökologischer Transformation reden, sondern handeln.

Neue Allianzen zwischen Umweltverbänden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und fortschrittlichen Unternehmen können den **Grünen New Deal** Wirklichkeit werden lassen.

Dafür braucht es auch eine neue Politik in Bund und Ländern.

www.boell.de/greennewdeal